

Anno ... 24. Woche

1849, 15. Juni: Im französischen Lyon kommt es zu einem Arbeiteraufstand. Die Protestierenden bezeugen ihre Solidarität mit der in Folge der Flucht des Papstes im November 1848 entstandenen Römischen Republik, die das Frankreich unter Präsident Louis Napoleon Bonaparte im Verbund mit dem monarchistischen Spanien mit dem Ziel der Wiedereinsetzung des Pontifex bekämpft. Der Aufstand wird nach acht Stunden militärisch niedergeschlagen. Die Regierung verhängt über weite Teile des Landes den Ausnahmezustand und inhaftiert zahlreiche Rädelsführer und Angehörige der Linken. Im August muss auch Karl Marx, Mitglied des Bundes der Kommunisten, das Land verlassen.

1944, 12. Juni: Die Wehrmacht beginnt mit dem Einsatz der sogenannten V 1. Der Marschflugkörper, den die Nazipropaganda als »Wunderwaffe« bezeichnet, soll der »Vergeltung« für alliierte Luftangriffe auf deutsche Großstädte dienen und eine Wende im Krieg herbeizwingen. Beschossen werden London und der südenglische Raum sowie Antwerpen und Lüttich in Belgien. Bis zum März 1945 werden mehr als 12.000 der unbemannten Lenkraketen abgeschossen. Die versprochene Wirkung tritt aber nicht ein. Weder schädigen die Angriffe die britische Kriegswirtschaft, noch drücken sie die Moral der Bevölkerung.

1949, 13. Juni: Nach Ablauf eines Ultimatums beginnt in Nordrhein-Westfalen in der britischen Besatzungszone die erste Phase der von den Westalliierten beschlossenen Industriedemontage. An zahlreichen Orten kommt es zu Widerstand. In Bergkamen verbarrikadieren Arbeiter die Zufahrtswege zu den Chemischen Werken. Auch einer der Werksdirektoren verweigert britischen Soldaten den Zutritt zum Werksgelände. Die Abbrucharbeiten können schließlich erst durch militärischen Zwang begonnen werden.

1959, 13. Juni: Der Parteiverband der SPD leitet ein Parteiordnungsverfahren gegen den ehemaligen Bundesvorsitzenden des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Oswald Hüller, ein, weil dieser Verhandlungen zwischen BRD und DDR sowie eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie seitens der Bundesregierung fordert.

<https://www.jungewelt.de/artikel/356371.anno-24-woche.html>